

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 16. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

vom: **24.10.2023**
von: **17:00 Uhr**
bis: **18:56 Uhr**
Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Ausschuss für Schule und Bildung:

Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth	- als Vorsitzende
Stv Bell, Achim	
AM Flohren, Angelika	
AM Hagen, Eva	
AM Hörnberger, Kevin-Lee	
Stv Köckritz, Anja Alexandra	vertritt Heupel, Michael
Stv Kraft, Florian	
AM Langemeyer, Susanne	
AM Nüßing, Elisabeth	
Stv Patt, Alexander	
Stv Pfeifer, Joachim	
AM Schloos, Ulrich	
AM Schröers, Anne-Kathrin	vertritt Bialowons-Sting, Eva-Marie
Stv Simon, Ursula	
Stv Thimm, Heiko	
AM Weber, Frank	
Stv Wittenburg, Samuel	

Beratende Mitglieder:

AM Becker, Monika	
AM Berghäuser, Sven	vertritt N. N.,
AM Elsermann, Matthias	
AM Engelbert, Holger	

AM Henrichs, Christoph
AM Dr. Jänicke, Karin
AM Katz, Heike
AM Lisai, Alexander
IntRM Lübke, Lada
AM Lutz, Alexandra
AM Richter, Lisa
AM Schneider, Martina
Stv Six, Annette
AM Sziburies, Peter
AM Utsch, Michael

- bis 17.47 Uhr

Aufgrund besonderer Einladung

Frau Freitag- David	- zu TOP 2 nÖT
Herr Käuser	- zu TOP 2 nÖT
Frau Wilker	- zu TOP 3 nÖT

Als Zuhörer:

AM Ihnken, Fabienne	
Frau Kerimi, Shirin	- Jugendparlament

Von der Verwaltung:

Dezernent Schmidt	
VA Uhr	
VA Heide	
VA Mockenhaupt	- als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	vertreten durch AM Schröers, Anne-Kathrin
AM Heupel, Michael	vertreten durch Stv Köckritz, Anja Alexandra
AM Zelmanowski, Bernd	

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um den nachgereichten Tagesordnungspunkt

2.1 Sachstand Maßnahmen Gute Schule

- Anfrage der FDP- Fraktion
Vorlage Nr. AF 1285/2023

sowie die als Tischvorlage vorgelegte Ergänzungsvorlage

2.1 Sachstand Maßnahmen Gute Schule

- Anfrage der FDP- Fraktion
Vorlage Nr. AF 1285/2023 A

zu.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 15.06.2023

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

16. AfSuB 24.10.2023

2. Fragestunde**2.1 Sachstand Maßnahmen Gute Schule**

- Anfrage der FDP- Fraktion

Vorlage Nr. AF 1285/2023

Vorlage Nr. AF 1285/2023 A

Die Beantwortung der Anfrage wurde dem Ausschuss vorab im Rahmen der Ergänzungsvorlage zur Kenntnis gegeben.

Im Vergleich zur Beschlussvorlage Nr. 1168/20216 vom 25.11.2016 hält Herr Hörnberger die vorgelegte Liste für zu kurz, da verschiedene Beschlüsse nicht enthalten seien. Er fragt in diesem Zusammenhang, ob noch eine Ergänzung zu Maßnahmen vorgelegt werde, die nicht mehr durchgeführt würden.

Die Maßnahme an der Geschwister-Scholl-Schule (Sanierung der Pausenhofüberdachung) sei in der Liste grün und somit als erledigt und abgerechnet gekennzeichnet, müsse aber gelb und als laufend gekennzeichnet sein.

Der Verweis auf die Vorlage aus 2016 sei nicht aktuell, dieser seien noch die zwei Vorlagen gefolgt, in der die Änderungen dargelegt sein müssten, so Herr Heide. Die vorgelegte Liste stelle den aktuellen Stand des Programms dar, welcher mit Vorlage 2524/2019 dargelegt sei und müsste somit deckungsgleich sein. Eine falsche farbliche Kennzeichnung könne geändert werden.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen nimmt den als Ergänzungsvorlage vorlegten Sachstand zu den Maßnahmen Gute Schule zur Kenntnis.*

16. AfSuB 24.10.2023

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Schulbaukonzept - Antrag der Volt- Fraktion

Vorlage Nr. AT 291/2023

Herr Wittenberg stellt als Intension des Antrages heraus, man habe den Antrag nicht gestellt, weil man mit den vergangenen Neu- und Umbauten unzufrieden gewesen sei. Diese seien sehr gelungen. Perspektivisch halte man aber ein kommunales Schulbaukonzept für notwendig. Das Vorliegen eines solchen Konzeptes spare auch Zeit, viele Kommunen hätten sich diesbezüglich bereits auf den Weg gemacht. Auch existierten bereits gute Konzepte, die man adaptieren könnte.

Die Verwaltung handle konzeptionell und gehe strukturiert vor. Daher schlage er vor, sich nicht an anderen Kommunen zu orientieren, sondern an sich selbst. Startpunkt für schulbauliche Maßnahmen seien die Schülerzahlenprognose und die Schulentwicklung, woraus sich räumlicher Bedarf ergebe. In der Regel würden keine Schulstandorte neu erstellt, sondern man wandle Baubestand um oder baue an. Deshalb könne man nicht verallgemeinern oder ein Modell einer anderen Kommune heranziehen, da bestimmte vorherrschende Gebäude- oder Grundstückssituationen einschränken. Bestehende Beschlüsse zu Klimaneutralität, Inklusion, Barrierefreiheit etc. flössen in die durch die Verwaltung umgesetzten Baumaßnahmen ein, so Herr Dezernent Schmidt. Er erläutere die Parameter und das Vorgehen bis es letztlich zur Entscheidung und zur Bauumsetzung kommt.

Herr Heide weist auf die Problematik hin, dass man sich bei den baulichen Maßnahmen überwiegend im Bestand bewegt. Die Schulbauleitlinien seien bekannt und daran orientiere man sich. Dabei handle sich um Leitlinien und bedinge immer eine individuelle Beschäftigung mit dem Einzelfall und dem komme die Verwaltung nach.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligen sich Frau Nüßing und die Herren Pfeifer, Hörnberger, Schloos, Kraft und Patt.

Die Aussprache wird wie folgt zusammengefasst:

- Seitens der Grünen wird das Ziel des Antrages grundsätzlich befürwortet, wenn es um Transparenz, Langfristigkeit der Planung, Prävention und Nachvollziehbarkeit geht. Praktisch wird dies aber nicht als weitgehend genug angesehen, da man ein Schulbaukonzept lediglich als singuläre Maßnahme betrachtet. Es wird für eine umfangreichere Schulentwicklungsplanung geworben. Als Aspekte, die neben den bereits vorgetragenen einfließen sollten werden genannt, das Einbeziehen von Bauamt und Finanzverwaltung von Beginn an, die Priorisierung politischer Entscheidungen, was beispielsweise Teilstandorte oder Containernutzung im Schulbereich angeht, das Kompositum von pädagogischen Ideen und architektonischen Erfordernissen, Integration von Sozialarbeit und Schulsozialarbeit. Man strebt an, ein solch umfangreiches und langfristig angelegte Konzept extern zu vergeben. Eine externe Vergabe schütze die Verwaltung vor kleinteiligen Anträgen

und die Politik wisse, was auf sie zukomme. Die anderen Fraktionen werden eingeladen, sich an einem solchen Antrag zu beteiligen.

Schulbauentwicklung müsse auf zwei Ebenen betrachtet werden, nämlich, was wird benötigt, um die erhöhte Anzahl der Kinder unterzubringen und wie ist die Umsetzung mit dem pädagogischen Abgleich.

- Die SPD- Fraktion stimmt dem vorgelegten Antrag nicht zu. Der Antrag enthalte zwar Vieles, welchem man zustimmen könne, aber nach dem Antrag müsse die Schulbauplanung sowohl pädagogisch als auch aus kommunaler und regionaler Sicht betrachtet werden. Eine solche pädagogische Schulbauplanung obliegt den Schulen. Diese von der Verwaltung durchführen zu lassen, wird für problematisch gehalten, weil die Verwaltung es zum einen nicht kann und zum anderen nicht will. Macht sich eine Schule auf den Weg zukunftsweisender Konzepte, ergeben sich innerhalb der Schule schulbauplanerische Fragestellungen mit denen sie an Schul- und Bauverwaltung oder Architekten herantritt. Dem Antrag fehlt diese Logik und ist in der Gesamtformulierung schwammig formuliert.
- Die Volt-Fraktion hält den Antrag aufgrund des Vortrages der Verwaltung in der vorgelegten Form nicht aufrecht und folgt dem pragmatischen Vorschlag der Verwaltung, sich das Konzept vorstellen zu lassen, um es dann möglicherweise noch zu ergänzen. Der Antrag wird dahingehend umformuliert, dass der Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung des Ausschusses aufgenommen wird.
- Seitens der FDP- Fraktion wird die Frage gestellt, ob der Städtetag zwischenzeitlich allgemeine Standards festgelegt hat, auf die man sich berufen kann, wie es im Rahmen der Beratung des Umzugs der Spandauer Schule angesprochen worden sei. Dem vorgelegten Antrag wird nicht zugestimmt, die pragmatische Lösung sei das einzig tragbare.
- Auch für die Fraktion Die Linke ist der vorgelegte Antrag schwammig formuliert, das Anliegen an sich aber verfolgenswert. Dem geänderten Vorschlag kann man folgen.
- Auch die CDU-Fraktion lehnt den Antrag in der ursprünglichen Form ab. Nichts einzuwenden ist, dass die Verwaltung über den aktuellen Stand laufender Planungen informiert.

Herr Dezernent Schmidt hält eine externe Vergabe der Konzepterstellung nicht für schlüssig, da ein Externer nicht mehr Kompetenzen und Freiheiten als die Verwaltung habe. Zum in der Aussprache genannten Zeithorizont von 10 Jahren macht er deutlich, wenn man jetzt über darüber spreche, betreffe es die 2030er Jahre, denn bis dahin ständen alle Baumaßnahmen bereits fest oder ergäben sich bereits.

Zur Frage nach den allgemeinen Standards bestätigt er das Vorhandensein einer Handreichung des Städtetages für Schulbaumaßnahmen, es gebe aber keine gesetzliche oder verbindliche Festsetzung.

Nach Abschluss der Aussprache wird der abgeänderte Antrag der Volt-Fraktion zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses das Schulbaukonzept vorzustellen.

Beratungsergebnis: Bei 1 Gegenstimme (Stv Simon/ AfD) mehrheitlich dafür

16. AfSuB 24.10.2023

3.2 Umwandlung der Hammerhütter Schule in eine Gemeinschaftsschule - Antrag der Fraktionen SPD, UWG, FDP, Die Linke und Volt

Vorlage Nr. AT 290/2023

Herr Pfeifer begründet den gemeinsamen Antrag. Damit verbunden ist die Grundsatzfrage, ob die Zugangsbeschränkung des katholischen Bekenntnisses noch zeitgemäß ist. Es geht nicht um den Beschluss der Umwandlung einer Schule, sondern um Durchführung eines Abstimmungsverfahrens, um festzustellen, ob die Mehrheit der Eltern eine Umwandlung will oder nicht. Die Eltern sollen darüber abstimmen, ob die Hammerhütter Schule als kath. Bekenntnisschule noch ihren Bedürfnissen entspricht.

Es gehe um die Chance der Eltern, den Status Quo entweder zu stärken oder sich dagegen auszusprechen. Da es sich um gelebte Demokratie handele, die den Eltern abverlangt werden solle, werbe er für den Antrag, so Herr Wittenburg.

Auch die FDP-Fraktion stimme dem Ansinnen des Antrages zu, so Herr Hörnberger. Die Entscheidung solle den Eltern obliegen, die Politik werde sich über den Elternwillen nicht hinwegsetzen. Es sei lediglich eine Befragung der aktuell an der Schule befindlichen Schüler bzw. Eltern vorgesehen. Dies sei Elternwille pur. Dem Antrag stimme man zu.

Da immer wieder Entlassungen befürchtet würden, wenn das Bekenntnis gestrichen werde, bittet er den Vertreter Schulaufsicht aus Schulaufsichtsperspektive zu erläutern, was mit den Lehrern geschehe.

Herr Sziburries informiert, in der Lehrerversorgung habe das Bekenntnis keine Relevanz.

In den letzten Tagen hätten alle ein Schreiben der Elternpflegschaft der Hammerhütter Schule erhalten und dort sei die Verwunderung zum Ausdruck gebracht worden, dass man nicht gehört und in die Planung mit einbezogen worden sei. Man habe sich mit einem Vertreter der Elternpflegschaft ausgetauscht und mit seinem Einverständnis teile er mit, dass man tief enttäuscht sei, dass die Mehrheit der Fraktionen zu keinem Austausch bereit gewesen sei. Dies zeuge von Ignoranz und Desinteresse der Elternpflegschaft und der Lehrerschaft gegenüber. Für die CDU stehe unter dem Strich die Tatsache und die Erkenntnis, dass die Anmeldezahlen keine Rechtfertigung dafür seien, das Bekenntnis abzulehnen. Der Elternwille und der der Elternpflegschaft sei für seine Fraktion maßgeblich, so dass man den Antrag ablehne, so Herr Patt.

Man habe sich in der Fraktion intensiv mit dem Antrag beschäftigt. Wichtiger Punkt sei die Frage des Elternwillens gewesen. Für die Fraktion Die Grünen teilt Herr Kraft mit, seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten, da für beide Seiten Argumente gesehen werden. In der Fraktion werde man den Prozess weiter beobachten.

Die Diskussion sei ihm unverständlich und er werbe dafür, dem Antrag zu folgen. Die Eltern gremien hätten im AK Schulentwicklung die Möglichkeit gehabt, ihren Willen kundzutun. Der Einladung dazu sei nicht gefolgt worden. Des Weiteren habe die Schulleitung die Gremien der Schule nicht einberufen. Ein 100 %iger Elternwille sei zu keinem Thema und an keiner Schule zu erreichen, so Herr Bell.

Frau Flohren macht geltend, wenn man Eltern durch Unterschrift dazu verpflichte, ihre Kinder im kath. Glauben zu unterrichten, müsse dies eigentlich auch für die Lehrkräfte gelten. Bezüglich des hohen muslimischen Schüleranteils äußert sie die Vermutung, dass man daraus nicht automatisch schließen könne, dass die Unterschrift aus Überzeugung geleistet worden sei, denn wie verfähre man denn, wenn man nur in der Lage sei, sein Kind am Fischbacherberg anzumelden. Wenn man das Klientel am Fischbacherberg kenne, sehe man eine gewisse „Not“ zur Anmeldung. Sie fragt, ob auch evangelischer Religionsunterricht unterrichtet werde, wie es das Schulgesetz vorsehe und ob es Zahlen darüber gebe, wie viele Kinder das Wahlrecht in Anspruch nehmen und von der Teilnahme am Religionsunterricht abgemeldet werden. Dies müsse mitberücksichtigt werden.

Seine Fraktion sei der Meinung, dass innerhalb der Schule nicht entsprechend kommuniziert worden sei, worum es gehe. Man werde somit auf das Elternschreiben nicht reagieren. Der Prozess an der Schule habe stattgefunden und nicht tragfähige Argumente seien benannt worden, so dass jetzt der politische Prozess in Gang gesetzt werden müsse. Die Schule selbst habe seinerzeit auch ihr pädagogisches Konzept beworben. Eine Aufnahme aufgrund eines solchen Konzeptes sei jedoch aufgrund eines Erlasses des Schulministeriums aus dem Jahr 20216 zur Aufnahme von bekenntnisfremden Kindern an einer Bekenntnisgrundschule nicht erlaubt. Eine Aufnahme müsse aufgrund des kath. Bekenntnisses stattfinden, so Herr Schloos. Des Weiteren thematisiert er die Unterstützung der Kath. Kirche bei einer Kath. Bekenntnisschule.

Frau M. Schneider weist darauf hin, dass im Unterschied zum Ev. Gymnasium die Universitätsstadt Siegen Schulträger sei. Die Hammerhütter Schule sei von der Koblenzer Straße über die Weidenbach an den Fischbacherberg gezogen, wo eine Vielzahl von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Konfessionen leben. Die niedrige Anzahl der Katholiken sei mit dem vorhandenen Prozentanteil von unter 25 % in der Stadt zu begründen, in Relation gesetzt stimme dies wieder überein. Seit vielen Jahren habe man keine festen Schulbezirke mehr, es liege an den Eltern, die Kinder dort anzumelden, wo sie der Meinung seien, dass es für ihr Kind die beste Schule sei. Anmeldungen erfolgten wohnortnah, das Bekenntnis spiele nicht unbedingt die erste Rolle. Es werde auch so gehandhabt, dass muslimische Kinder nicht zum kath. Gottesdienst gehen müssen, wenn die Eltern es nicht wollen. Nicht alle Lehrer und Lehrerinnen der Schule seien katholisch. In NRW könne auch gemeinsamer Religionsunterricht erteilt werden. Ihr sei nicht bekannt, ob alle Eltern den Antrag unterstützen. Zur Unterstützung der Schule durch die Kath. Kirche führt sie aus, die Kirche habe keinen Auftrag die Schule zu unterstützen. Die Unterstützung obliege dem hauptberuflichen Personal vor Ort.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Schulentwicklungsplanung (§ 80 des Schulgesetzes NRW) ein Abstimmungsverfahren (Elternbeteiligung) durchzuführen mit Blick auf eine mögliche Umwandlung der katholischen Bekenntnisgrundschule Hammerhütter Schule in eine Gemeinschaftsgrundschule.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür, 5 dagegen (CDU/ AfD) 3 Enthaltungen (Grüne)

16. AfSuB 24.10.2023

4. Schulentwicklungsplanung 2023/2024 - 2027/2028 - Schülerzahlenprognose -

Vorlage Nr. VL 1440/2023

Herr Dezernent Schmidt führt in die Vorlage ein.

An der sich ergebenden Aussprache beteiligen sich die Herren Wittenburg, Hörnberger, Kraft, Schloos, Dr. Henrichs, Berghäuser sowie Frau Nüßing und Frau Lutz.

Im Rahmen der Aussprache wird angesprochen:

- In der Schulstatistik seien die freien oder unter privater Trägerschaft stehenden Schulen mit aufgenommen. Dies stelle einen großen Mehrwert dar. Da dies bei der Schülerzahlenprognose ebenfalls eine unbekannte Variable ist, kommt die Frage auf, ob die Aufnahme dieser Schulen bei der Schülerzahlenprognose ebenfalls möglich sei.
- Die Schülerzahlenprognose sei wie jedes Jahr aufgrund von Unwägbarkeiten durch verschiedene Entwicklungen nicht standhaft. Bereits im vergangenen Jahr sei Thema gewesen, dass die Zahlen der tatsächlich angemeldeten Schülerzahlen von diesem Jahr mit der Prognose von 5 Jahre verglichen werden sollten, um festzustellen, inwiefern die vergangenen Prognosen verlässlich gewesen seien. Ein solcher Vergleich sei durch das Einfügen einer weiteren Spalte in der Prognose möglich. Es gehe hier um Transparenz und man könne daraus ablesen, wie genau die Prognose vor 5 Jahren gewesen sei.
- Der Zuwachs sei erkennbar, auch Zuzüge aufgrund von Flucht seien steigend. Es wird der Anschein thematisiert, dass die Neugründung von Schulen ausgeschlossen werde und es kommt die Frage auf, ob es ansatzweise einen Aktionsplan gebe, wie man im Grundschulbereich damit umgehen wolle.
- Sowohl bei den Grundschulen als auch bei den weiterführenden Schulen seien die Zuwächse enorm. Alle weiterführenden Schulen seien weitgehend gefüllt. Der Blick auf das nächste Schuljahr mit steigender Tendenz stelle die Frage, ob es möglicherweise hinsichtlich der Kapazitäten eng werde. Zwei Schulen hätten derzeit keine Eingangsklasse gebildet, möglicherweise könne es eine Variante sein, dass diese wieder im „Boot“ seien oder dass eine Zügigkeit erhöht werde. Hier müsse man ins Gespräch kommen, es sei nicht unrealistisch, dass es zu Abweisungen komme.
- Große Systeme seien besser in der Lage, auf Veränderungen zu reagieren. Bereits vor 10 Jahren sei aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung erkennbar gewesen, dass die Hauptschule keine Zukunft habe.
- Es erfolgt Widerspruch, dass die Hauptschule keine Zukunft habe und der Appell an die Politik, dass für die Hauptschule Achenbach immer noch eine Zukunft gesehen wird. Nach Abschluss des Anmeldeverfahrens sei es weiter zu Anmeldeanfragen gekommen, darüber hinaus gebe es immer wieder Seiteneinsteiger. Schülerzahlen würden in den nächsten 5 Jahren steigen, das dreigliedrige Schulsystem könnte beibehalten bleiben. Auch wenn Anfang des Jahres nicht die notwendigen Schüler angemeldet worden seien, könnte ein Antrag bei der Bezirksregierung gestellt werden. Zum Schuljahresbeginn verfüge man mit Sicherheit über die notwendige Schülerzahl. Die Realschule könnte bleiben und parallel die Gymnasien und Gesamtschulen und das dreigliedrige Schulsystem sei voll funktionsfähig. Dadurch wären auch die zufrieden, die sich beim Bürgerentscheid engagiert hätten. Lasse man die Schulformen auslaufen, ignoriere man den Bürgerwillen.

Dies habe auch Auswirkungen auf das Bauprogramm. Aufnahmekapazitäten der Schulen seien nicht vorhanden, dies sei nur der Fall, wenn es so bleibe wie es sei.

- In der Gesamtübersicht der Prognose sollte die Zahl der Kinder, die in der Prognose aufgrund einer Anmeldung an Schulen in freier oder privater Trägerschaft nicht berücksichtigt worden seien, enthalten sein. Mathematisch müsse es möglich sein, die Restquote zur in der Prognose angegebenen Quote darzustellen.
- Es wird darauf hingewiesen, dass bereits für dieses Schuljahr die dargestellten Schülerzahlprognosen nicht stimmig sind. Die Situation der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen und emotionale und soziale Entwicklung müsse aufgrund erheblich steigender Zahlen unter besonderer Berücksichtigung gesehen werden. Politik und Verwaltung müssen sich dem annehmen.
- Es wird angemerkt, dass nicht alle Prognosen der Vergangenheit verfehlt gewesen seien. Die Prognose habe seinerzeit ausgesagt, dass ein Gymnasium geschlossen werden müsste. Dies habe sich im Nachhinein bestätigt. Die Frage sei, ob man eine Schulentwicklungsplanung nach Bedarf betreiben oder ob man in einer Stadt für Verhältnisse sorgen wolle, um Prognosen verlässlicher zu machen, damit die Schwankungen in Bezug auf die einzelnen Schulen nicht mehr so stark sind.

Herr Dezernent Schmidt und Frau Uhr beantworten Fragen und nehmen zu in der Aussprache aufgeworfenen Punkten Stellung. Es wird darauf hingewiesen, dass grundsätzlich die Prognose auch ein Handeln von Politik und Schulträger erfordere. Alles andere wäre fahrlässig. Eine Prognose zu erstellen für Schulen deren Träger man nicht sei, sei nicht möglich. Es wird zugesagt, die Anregungen aufzunehmen und im Arbeitskreis Schulentwicklung zu thematisieren und zu besprechen, welches Zahlenwerk die Politik benötige und was leistbar sei.

⇒ *Der Ausschuss für Schule und Bildung nimmt die Analyse der Schülerzahlenprognose für die städtischen Schulen zur Kenntnis.*

16. AfSuB 24.10.2023

5. Benennung von Schulformvertretern

Vorlage Nr. VL 1515/2023

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Bildung benennt Herrn Berghäuser als Vertreter der Schulform Gymnasium. Herr Käuser wird als sein Stellvertreter benannt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

16. AfSuB 24.10.2023

gez. Pflösch
Vorsitzende

gez. Mockenhaupt
Schriftführerin